

BFH-Leitsatz-Entscheidungen

1. **Einkommensteuer: Auf sechs Monate begrenzte rückwirkende Kindergeldauszahlung ist rechtmäßig**
Urteil vom 08.08.2024, Az: III R 19/22
2. **Umsatzsteuer: Unternehmer kann falsche Umsatzsteuerfestsetzung trotz späterer Entgeltvereinnahmung anfechten**
Urteil vom 29.08.2024, Az: V R 19/22
3. **Körperschaftsteuer: Voraussetzungen für Zusammenfassung mehrerer BgA sind einzeln zu prüfen**
Urteil vom 29.08.2024, Az: V R 43/21
4. **Verfahrensrecht: Aufhebung einer Steuerfestsetzung bei umsatzsteuerlicher Organschaft erfordert Antrag des Organträgers**
Urteil vom 05.09.2024, Az: V R 5/23
5. **DBA Schweiz/Einkommensteuer: Einkünfte eines Schweizer Piloten aus internationalem Luftverkehr sind in Deutschland steuerpflichtig**
Urteil vom 01.08.2024, Az: VI R 32/21
6. **DBA Großbritannien/Einkommensteuer: Änderung eines Steuerbescheids nach § 50d Abs. 8 S. 2 EStG erfordert Nachweispflichtverletzung**
Urteil vom 01.08.2024, Az: VI R 34/21

Urteile und Beschlüsse:

1. **Einkommensteuer: Auf sechs Monate begrenzte rückwirkende Kindergeldauszahlung ist rechtmäßig**
Urteil vom 08.08.2024, Az: III R 19/22
 1. Die Regelung des § 70 Abs. 1 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes, dass die Auszahlung von festgesetztem Kindergeld rückwirkend nur für die letzten sechs Monate vor Beginn des Monats erfolgt, in dem der Antrag auf Kindergeld eingegangen ist, ist sowohl verfassungsgemäß als auch unionsrechtskonform.
 2. Auch für inländische Saisonarbeitnehmer gilt die Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (Urteil Chief Appeals Officer u.a. vom 29.09.2022 - C-3/21, EU:C:2022:737), dass ein im Heimatland (zum Beispiel gleich nach der Geburt des Kindes) gestellter Kindergeldantrag nur dann als ein auch für die inländische Familienkasse relevanter Antrag zu verstehen ist, wenn die antragstellende Person ihr Recht auf Freizügigkeit im Zeitpunkt ihres im Heimatland gestellten Antrags bereits ausgeübt hat.
2. **Umsatzsteuer: Unternehmer kann falsche Umsatzsteuerfestsetzung trotz späterer Entgeltvereinnahmung anfechten**

Urteil vom 29.08.2024, Az: V R 19/22

Versteuert der Unternehmer entgegen § 13 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a Satz 1 und 4 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) seine Umsätze nicht bereits für den Voranmeldungszeitraum der Leistungserbringung, sondern erst für den der nachfolgenden Entgeltvereinbarung, kann er die Rechtswidrigkeit der für den Besteuerungszeitraum der Entgeltvereinbarung vorliegenden Steuerfestsetzung geltend machen, ohne dass dem --im Hinblick auf eine für den Besteuerungszeitraum der Leistungserbringung angenommene Festsetzungsverjährung-- eine Analogie zu § 20 Satz 3 UStG entgegensteht.

3. Körperschaftsteuer: Voraussetzungen für Zusammenfassung mehrerer BgA sind einzeln zu prüfen

Urteil vom 29.08.2024, Az: V R 43/21

Auch bei einer Zusammenfassung von mehr als zwei BgA müssen die Voraussetzungen des § 4 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 bis 3 KStG jeweils zwischen allen BgA, die zusammengefasst werden sollen, einzeln vorliegen (gegen Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 12.11.2009, BStBl I 2009, 1303, Rz 5 Satz 2 und 3).

4. Verfahrensrecht: Aufhebung einer Steuerfestsetzung bei umsatzsteuerlicher Organschaft erfordert Antrag des Organträgers

Urteil vom 05.09.2024, Az: V R 5/23

Sind die Voraussetzungen einer Organschaft im Sinne von § 2 Abs. 2 Nr. 2 des Umsatzsteuergesetzes mit einer KG als Organgesellschaft aufgrund geänderter Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs (BFH) erfüllt, setzt die Aufhebung einer gegenüber der KG ergangenen Steuerfestsetzung voraus, dass der Organträger zur Vermeidung eines widersprüchlichen Verhaltens in Bezug auf § 176 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 der Abgabenordnung einen Antrag auf Änderung der für ihn vorliegenden Steuerfestsetzung stellt (Bestätigung des BFH-Urteils vom 16.03.2023 - V R 14/21 (V R 45/19) , BFHE 280, 89). Dies gilt auch im Rechtsbehelfsverfahren der KG gegen eine ihr gegenüber ergangene Steuerfestsetzung.

5. DBA Schweiz/Einkommensteuer: Einkünfte eines Schweizer Piloten aus internationalem Luftverkehr sind in Deutschland steuerpflichtig

Urteil vom 01.08.2024, Az: VI R 32/21

1. Die inländischen Einkünfte eines in der Schweizerischen Eidgenossenschaft ansässigen Piloten aus nichtselbständiger Arbeit, die an Bord eines Luftfahrzeugs im internationalen Luftverkehr ausgeübt wird, das von einem Unternehmen mit Geschäftsleitung im Inland betrieben wird, können nach Art. 15 Abs. 3 Satz 1 DBA-Schweiz 1971/2010 in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden.

2. Ein im internationalen Luftverkehr tätiger Pilot ist kein Grenzgänger im Sinne des Art. 15a Abs. 2 Satz 1 DBA-Schweiz 1971/2010.

6. DBA Großbritannien/Einkommensteuer: Änderung eines Steuerbescheids nach § 50d Abs. 8 S. 2 EStG erfordert Nachweispflichtverletzung

Urteil vom 01.08.2024, Az: VI R 34/21

Die Änderung eines bestandskräftigen Steuerbescheids nach § 50d Abs. 8 Satz 2 des Einkommensteuergesetzes (EStG) setzt voraus, dass die Arbeitnehmereinkünfte eines

unbeschränkt Steuerpflichtigen wegen der Verletzung der in § 50d Abs. 8 Satz 1 EStG normierten Nachweispflichten abkommenswidrig in die zu ändernde Einkommensteueranlagung einbezogen worden sind.